

München: Zwei Löcher statt einer neuen S-Bahn-Röhre

18.04.2012 Von: Thomas Lange

Finanzierung Bayerns größtes Verkehrsprojekt steht vor dem Aus. Der Freistaat will die fehlenden 700 Millionen Euro des Bundes zur Hälfte vorfinanzieren, aber Münchens OB Christian Ude lehnt einen Beitrag seiner Stadt kategorisch ab.

Als größtes Verkehrsprojekt im Freistaat war er angekündigt, der Bau einer zweiten Stammstrecke für die Münchner S-Bahn, die dem seit den Olympischen Sommerspielen des Jahres 1972 bestehenden Schientunnel unter der Innenstadt die dringend nötige Entlastung bringen soll. Derzeit allerdings bietet sich statt der Aussicht auf eine zweite Röhre nur der Blick auf zwei Löcher: Das eine klafft in der Finanzierung des Vorhabens, und das zweite liegt im Marienhof hinter dem Rathaus. Dort wollen Archäologen Erkenntnisse über das mittelalterliche München gewinnen, bevor die Betonpumpen für den neuen S-Bahn-Halt anrücken. Nach Lage der Dinge können sie sich Zeit lassen mit ihren Grabungen.

Der Münchner Oberbürgermeister und SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl, Christian Ude, denkt nicht daran, der Staatsregierung zu helfen bei der Finanzierung des Baus der zweiten Stammstrecke, der auch Beschlusslage in der CSU-Landtagsfraktion ist.

Sie setzt ebenso wie Verkehrsminister Martin Zeil (FDP) auf einen zweiten Tunnel unter der Münchner Innenstadt, denn im ersten fährt die S-Bahn längst an der Kapazitätsgrenze. Sie befördert heute mit rund 800.000 Fahrgästen täglich etwa das Dreifache der ursprünglichen Planung, und alle Züge müssen durch das Nadelöhr Stammstrecke. Kommt es dort zu einer der häufigen Störungen, so sind auch die Außenäste des Systems betroffen, das die Pendler aus den benachbarten Landkreisen in die Stadt bringt.

Nötig für schnellere Flughafen-Linie

Zudem gilt der zweite Tunnel den Planern als Voraussetzung für eine schnelle Schienenanbindung des Münchner Großflughafens im Erdinger Moos. Derzeit rumpelt die S-Bahn eine Dreiviertelstunde lang vom Hauptbahnhof zum Airport.

Rund zwei Milliarden Euro soll der zweite Tunnel kosten, und die Finanzierung durch einen kräftigen Bundeszuschuss wäre wohl allenfalls dann gesichert gewesen, wenn München den Zuschlag für die Olympischen Winterspiele 2018 erhalten hätte.

So aber sieht sich der Bund nicht einmal in der Lage, seinen im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) festgeschriebenen Anteil zu leisten. Der Freistaat steuert von vornherein 950 Millionen Euro bei, und die Bahn hat 133 Millionen zugesagt. Der Bund aber kann seinen Anteil von 900 Millionen nicht aufbringen: Mehr als 200 Millionen sind nicht drin, sagt Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU).

Es fehlen also 700 Millionen Euro. Die Hälfte davon will der Freistaat zusätzlich vorfinanzieren, wenn, so jedenfalls der von Martin Zeil ausgeheckte Plan, auch die Stadt München dem Bund die anderen 350 Millionen vorstreckt. Auch das ist Beschlusslage in der Landtags-CSU, aber Fraktionschef Georg Schmid machte gestern deutlich, dass mehr nicht geht. "Der muss jetzt wissen, welche Verantwortung er hat," sagte er mit Blick auf Christian Ude.

"Es gibt auch noch andere Projekte"

Eine komplette Vorfinanzierung des fehlenden Bundesanteils durch den Freistaat sei nicht möglich. "Es gibt ja in Bayern auch noch andere Projekte," sagte Schmid und nannte dabei die Nürnberger S-Bahn. Ohnehin seien die zusätzlichen 350 Millionen "nicht überall in der Fraktion gut angekommen".

Zum Beispiel beim Hofer Fraktionsvize Alexander König. Der bekräftigte gestern gegenüber unserer Zeitung, dass "eine volle Vorfinanzierung durch den Freistaat keinesfalls in Betracht" kommt: "Es kann nicht sein, dass da alles geht, und woanders geht nichts."

Christian Ude aber blieb gestern bei seiner Ablehnung einer Vorfinanzierung der fehlenden 350 Millionen, die er gern mit Spott verbindet auf die Staatsregierung, die sich ihrer Finanzen rühmt und doch an seinen Stadtsäckel will.

Die Staatsregierung wiederum beruft sich auf Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), der die Vorfinanzierung begrüßt, aber eben nur, wenn auch die Stadt München daran einen "angemessenen" Anteil übernimmt. Zu Udes Ablehnung sagte Staatskanzleichef Thomas Kreuzer (CSU) gestern: "Ude nimmt die S-Bahnfahrer in Stadt und Umland zur Geisel für seinen persönlichen Wahlkampf."



Ude hingegen sieht "ein Staatsbegräbnis", für das die Grube schon ausgehoben sei. Er meint damit das Loch hinter seinem Rathaus.

